

gebiet die Fahne des Kampfes für die demokratische Einheit und für die Unabhängigkeit Deutschlands erhebt.

Genossen! Im Jahre 1949 ist eine andere internationale Situation als im Jahre 1923. Die mächtige Sowjetunion, mit unserem großen Freund, dem Genossen Stalin an der Spitze, steht an unserer Seite. Wir wollen kühn und siegesgewiß den Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands führen. (Lebhafter Beifall.)

*Alfred Mosch* (Siemens, Berlin): Genossinnen und Genossen! Wenn ich als Vertreter unserer Partei aus einem kapitalistischen Großbetriebe zum Referat des Genossen Wilhelm Pieck Stellung nehme, so gehe ich von der Tatsache aus, daß der Kampf um den Frieden zugleich der Kampf gegen die Antisowjethetze ist. Genossen, wir sind gewohnt, in Westberlin stets mit dem Rücken gegeneinander stehend zu kämpfen. Im Siemens-Konzern sitzt noch die Reaktion. Wir kämpfen hier noch um die Voraussetzungen zur Durchführung des Zweijahrsplans. Wir wollen den Tempoverlust der demokratischen Entwicklung gegenüber der Zone aufholen. Noch kämpfen wir nicht für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, sondern für die Enteignung der Konzernbetriebe und die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler. Wirklicher Friede ist nur ohne Konzernherren möglich.

Wie führen wir nun den Kampf gegen die Antisowjethetze? Anlässlich der Entnazifizierung bekannter Siemens-Direktoren und der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses führten wir eine Kampagne zur Entlassung der Konzernherren. Es zeigte sich, daß diese Kampagne keine wesentlichen besonderen Erfolge brachte. Woran lag das? Die Ursache für diese Tatsache liegt einmal in dem Umstand, daß wir es in den vergangenen Jahren nicht verstanden, eine wirkliche Massenarbeit zu entwickeln. Zum anderen lag es daran, daß sich die Konzernherren seinerzeit im Hintergrund hielten und die Belegschaft die wahren Schuldigen an der Entwicklung nicht erkennen konnte.

Das letzte Jahr brachte uns jedoch einige Erfolge, indem wir die Haltung der Konzernleitung gegenüber der Belegschaft aufzeigten und dabei die Rolle des UGO-Betriebsrats klarstellten. Anknüpfend an die Preisgabe des Mitbestimmungsrechts durch die UGO und die ständige Verletzung des Mitbestimmungsrechts durch die Konzernleitung